

## Gutachter: Zukunft der Saarmesse liegt an der Congresshalle

Saarbrücken. Das Messe- und Kongressgeschäft soll in einer „Messe- und Kongressgesellschaft“ zusammengeführt werden. Das empfehlen die Gutachter Ernst Hirschhäuser aus Saarbrücken und Norbert Stoeck von der Unternehmensberatung Roland Berger in München der Stadt Saarbrücken. Alle Messen und Kongresse sollten künftig zentral in und um die Congresshalle veranstaltet werden. Das Messegelände auf dem Schanzenberg könnte dann verkauft werden. Die Gutachter schlagen vor, für die Messen Zelte zum Beispiel auf der Hafensinsel aufzustellen und eine Multifunktionshalle auf dem Gelände zu bauen. Oberbürgermeisterin Charlotte Britz (SPD) stellte gestern das Konzept der Gutachter vor und will jetzt schnell mit der neuen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) über die Zukunft der Messe reden und darüber, wie sich das Land finanziell beteiligt. Als ersten Schritt will die Stadt Saarbrücken die Saarmesse GmbH für rund sieben Millionen Euro kaufen. Im Dezember soll der Stadtrat den Kaufvertrag abschließen. *sm*

## Bäckerei Maus kann nach Insolvenz vorerst weitermachen

Saarbrücken/St. Ingbert. Die Bäckerei Maus aus Altenkessel mit 17 Verkaufsstellen an der Saar und rund 105 Mitarbeitern hat beim Amtsgericht Saarbrücken Insolvenz angemeldet. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter wurde der St. Ingberter Rechtsanwalt Matthias Bayer bestellt. Dieser sieht nach ersten persönlichen Eindrücken gute Chancen, dass der Betrieb der Bäckerei auch längerfristig weitergeführt werden kann. Maus betreibt viele Verkaufsstellen in Innenstädten sowie im direkten Umfeld von Discountern. Der extrem hohe Konkurrenzdruck auf engem Raum sowie der neue Trend von Discountern, Backwaren selbst anzubieten, habe zur Insolvenz der Bäckerei Maus geführt, sagte Bayer gestern zu unserer Zeitung. Das Geschäft gehe weiter. Es liefen schon Gespräche mit interessierten Käufern. Auch sei es bereits gelungen, die Lieferanten zu einer Fortsetzung der Zusammenarbeit zu bewegen. Die Mitarbeiter können wohl bleiben. Die Löhne für Juli bis September würden bezahlt. *ts*

## Apple will Exxon vom Börsen-Thron verdrängen

New York. Apple und der Ölriese Exxon Mobil liefern sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den Titel des wertvollsten börsennotierten Unternehmens der Welt. Zum Börsenstart hatte gestern zunächst Apple die Nase vorn, wurde wenige Minuten später aber wieder von dem Energie-Giganten überholt. Für beide Aktien gab es im frühen Handel Verluste.

Am Vortag war der iPhone- und iPad-Hersteller erstmals an die Weltspitze beim Börsenwert vorgeückt, wenn auch nur für kurze Zeit. Marktexperten rechnen damit, dass für die Apple-Aktie auf Dauer noch reichlich Luft nach oben ist, während das Exxon-Papier oft mit Konjunktur-Erwartungen und Ölpreis mitschwingt.

Schon zur Schlussglocke am Dienstag war der Abstand sehr dünn: Apple kam auf einem Marktwert von knapp 347 Milliarden Dollar – bei gut 348 Milliarden für Exxon Mobil. Für den Elektronik-Konzern wäre der Titel des wertvollsten Unternehmens die Krönung einer beeindruckenden Wiedergeburt unter der Führung von Mitgründer Steve Jobs. Die von ihm vorangetriebenen Produkte iPod, iPhone und iPad haben neue Märkte geschaffen und lahmende Märkte neu belebt. *dpa*

# Saar-Wirtschaft sucht Ingenieure

Umfrage: Viele Industriebetriebe können freie Stellen nur schwer besetzen

**Der zunehmende Mangel an Ingenieuren droht die Saar-Wirtschaft zu schwächen. Um gegenzusteuern, setzen die Wirtschaftsverbände vor allem auf eine verstärkte Ausbildung von Ingenieuren hier im Saarland.**

Von SZ-Redakteur Volker Meyer zu Tittingdorf

Saarbrücken. Die saarländische Wirtschaft warnt vor einem sich zuspitzenden Mangel an Ingenieuren – mit fatalen Folgen für die hiesige Konjunktur. Deutlich mehr als die Hälfte der Industriebetriebe haben schon jetzt Probleme bei der Besetzung freier Ingenieurstellen. Das ergab wie eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU) unter 65 Unternehmen mit zusammen 50 000 Beschäftigten. Und das Problem verschärft sich: „Vier von fünf Unternehmen erwarten für die nächsten fünf Jahre einen zunehmenden Bedarf an Ingenieuren“, sagte gestern VSU-Hauptgeschäftsführer Joachim Malter bei der Vorstellung der Studie in Saarbrücken.

IHK-Hauptgeschäftsführer Volker Giersch sieht Wirtschaft, Politik und die Hochschulen in der Verantwortung, „damit der Ingenieurmangel nicht zur Wachstumsbremse wird“. Umgekehrt gilt aus seiner Sicht: „Je mehr Ingenieure wir ausbilden, desto besser ist die Wachstumsperspektive“.

Für 2010 bezifferte der Verein deutscher Ingenieure (VDI) die Ingenieurücke auf 36 000 und den dadurch entstandenen volkswirtschaftlichen Schaden auf drei Milliarden Euro. Grob heruntergerechnet auf das Saarland sei ein Mangel von um die 350 Ingenieure anzunehmen und ein Schaden von 30 Millionen Euro, schätzte Giersch.

Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage entwickelt sich immer weiter auseinander. Es zeichne sich „ein starker Ersatzbedarf“ ab, so Giersch. Bis 2030 werde etwa die Hälfte der derzeit knapp 6000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ingenieuren im Saarland in



Experimentieren mit Seifenblasen. Der erste Schritt auf dem Weg zum Ingenieur? Der Verband der Metall- und Elektroindustrie ME Saar geht mit dem Programm „Haus der kleinen Forscher“ in die Kindergärten, hier in den Deutsch-französischen Kindergarten in Saarbrücken. FOTO: DIETZE

Rente gehen, während aufgrund des demografischen Wandels nur kleinere Jahrgänge nachrücken. Die wachsende Lücke lasse sich nur verkleinern, „wenn der Anteil der Ingenieurstudenten an allen Studienanfängern in den nächsten Jahren deutlich zunimmt“, heißt es in der Studie.

Dafür sei es unabdingbar, „dass die Ingenieurwissenschaften als Schwerpunkt in den Vereinbarungen des Landes mit den Hochschulen genannt werden“, forderte

Giersch. Die technischen Fächer müssten gestärkt werden. Trotz Finanznot des Landes müsse das Ziel sein, die Zahl der Absolventen weiter zu steigern, sagte Malter. Nicht zuletzt dadurch, dass die Hochschulen sich noch mehr bemühen, die Studienabbrecherquote zu senken. Laut Studie schlossen in den vergangenen zehn Jahren von 100 Anfängern in einem ingenieurwissenschaftlichen Fach weniger als 60 ihr Studium erfolgreich ab. Daneben erhoffen sich die Ver-

bände positive Effekte durch eine engere Zusammenarbeit von Saar-Uni und Hochschule für Technik und Wirtschaft.

Die Unternehmen selbst setzen laut Umfrage stark auf die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter, um die Folgen des Ingenieurmangels abzufedern. Malter sieht hier auch die Hochschulen gefordert, indem sie die Weiterbildung ausbauen, zum Beispiel einen berufs begleitenden Master-Abschluss anbieten. Gut zwei Drittel der befragten Firmen signalisierten die Bereitschaft, bei der Ausbildung von Ingenieuren zu helfen: durch Unterstützung von Studiengängen, Stipendien oder der Beteiligung an der von der Saar-Wirtschaft finanzierten ASW-Berufsakademie.

IHK und VSU schlagen zudem eine übergreifende Marketing-Kampagne „Pro Ingenieurstudium“ vor und wollen ihre Aktivitäten ausbauen, an Kindergärten und Schulen für technische Berufe zu werben. Darüber hinaus regen die Verbände eine neue Image-Kampagne des Landes an, damit Betriebe leichter Ingenieure ins Saarland locken können.

### MEINUNG

## Garanten für künftigen Erfolg

Von SZ-Redakteur Volker Meyer zu Tittingdorf

Ingenieure sind Garanten des Exporterfolgs der hiesigen Wirtschaft. Fehlen Ingenieure, leidet die Wirtschaftskraft. Die von IHK und VSU vorgelegte Untersuchung ist alarmierend genug, um den Augenmerk noch intensiver als bisher auf die Ausbildung dieser Spezialisten zu lenken –

gerade angesichts der Spardiskussion, die die Zukunftsinitiative Saar angestoßen hat. So wichtig es ist, die Schuldenlast zu senken, wäre es grundverkehrt, den Rotstift bei den zugegebenermaßen teuren Ingenieur-Studiengängen anzusetzen. Die hier ausgebildeten Fachleute sichern nämlich nicht unwesentlich die Einnahmen des Landes – und damit auch dessen Zukunft.

## Eon prüft Abbau von 11 000 Stellen

Reaktion auf Atomwende – Gewerkschaft kündigt Widerstand gegen Entlassungspläne an

**Sparhammer bei Eon: Der Vorstand nimmt die Atomwende als Anlass für tiefe Einschnitte. Weltweit sind bis zu 11 000 Mitarbeiter betroffen. Schwerpunkt der Kürzungen ist nach Verdi-Einschätzung Deutschland.**

Düsseldorf. Beim Energieriesen Eon stehen nach dem deutschen Atomausstieg weltweit bis zu 11 000 Arbeitsplätze auf der Kippe. Das ist bei rund 80 000 Mitarbeitern fast jeder siebte Arbeitsplatz. Eon-Chef Johannes Teysen bestätigte gestern bei Vorlage der Halbjahresbilanz Überlegungen zu einem massiven Stellenabbau. Im Fokus der Personaleinsparungen soll der Verwaltungsbereich stehen. Betriebsbedingte Kündigungen schließt er dabei nicht aus.

Die Gewerkschaft Verdi kündigte Widerstand an. Nach ihrer Einschätzung entfallen mehr als die Hälfte der drohenden Stellenstreichungen auf Deutschland. Bundesweit stünden etwa 6000 Arbeitsplätze auf der Kippe. „Es droht ein Kahlschlag bei der Beschäftigung im Konzern. Das wird unseren Widerstand hervorrufen“, sagte Bundesvorstandsmitglied Erhard Ott. Die Gewerkschaft fordere einen verbindlichen Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen nach 2012.

Teysen bezeichnete die Verdiangaben als „reine Spekulation“. Es gebe noch keine detaillierten Zahlen zu einzelnen Standorten. Entscheidungen sollen im Herbst fallen. Es soll in Deutschland um die Standorte in Hannover, Essen und München gehen.

Der Eon-Vorstand präsentierte die ersten roten Zahlen in der Unternehmensgeschichte, die vor elf Jahren mit dem Zusammenschluss von Veba und Viag begann. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres entstand ein Verlust von 382 Millionen Euro. Dabei sind Umbaukosten und Buchgewinne herausgerechnet. Als Gründe für den Quartalsverlust nannte der Vorstand die Folgen der Atomwende in Deutschland, ungünstige Gasbezugsverträge und geringere Erlöse im Stromhandel.

Die Ergebnisbelastungen aus der deutschen Atomwende im Jahr 2011 bezifferte Finanzvorstand Marcus Schenck mit 2,5 Milliarden Euro. Der Konzerngewinn würde dadurch um 1,8 Milliarden Euro geschmälert.

Eon reagierte mit einer Gewinnwarnung: Im Gesamtjahr 2011 wird jetzt ein bereinigter Konzernüberschuss von 2,1 bis 2,6 Milliarden Euro erwartet. Bis vor kurzem war Eon noch von 3,0 bis 3,7 Milliarden Euro ausgegan-



Eon erwartet durch den Atomausstieg einen Gewinnrückgang in Milliardenhöhe. Deshalb sei ein Stellenabbau notwendig. FOTO: DPA

gen. Auch bei der Dividende gibt es einen Schnitt: Sie soll 2011 bei 1,00 Euro je Aktie liegen. Bisher hatte Eon den Aktionären eine Mindestdividende von 1,30 Euro je Aktie versprochen.

Eon ist als größter deutscher Atomstromproduzent besonders betroffen von der Ausstiegentscheidung der Bundespolitik. Eon darf die Meiler Isar I und Philippsburg I nicht wieder ans Netz nehmen. An den Vattenfall-Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel ist das Unternehmen ebenfalls beteiligt.

Teysen kündigte an, dass der Konzern dauerhaft 1,5 Milliarden Euro pro Jahr einsparen müsse. Die volle Kostensenkung soll 2015 erreicht werden.

Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer sagte, Eon habe jahrelang eine falsche Konzernpolitik betrieben, statt die ökologische Modernisierung der Energiewirtschaft mitzugestalten.

Die Gewerkschaft Verdi kritisierte, die anstehenden Veränderungen würden überproportional auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. *dpa*

## NACHRICHTEN

### Carlsson liefert jetzt nach China

Merzig. Seit gestern ist das erste Fahrzeug aus der Produktion von Carlsson Autotechnik Richtung China unterwegs. Der Merziger Autoveredler startete damit seine offizielle Einführung in den chinesischen Markt. Das Joint-Venture „Carlsson China“ mit Sitz in Shanghai wird die Modelle Carlsson CS 60 und Carlsson CGL 45 nach China importieren. In diesem Jahr hat sich das Unternehmen zum Ziel gesetzt, 200 dieser Modelle in China abzusetzen, dazu 600 Citroën. Im kommenden Jahr sollen es 800 dieser Modelle sein sowie 600 Citroën. *mst*

### Fitch senkt Bonität Zyperns

London. Die Ratingagentur Fitch hat die Kreditwürdigkeit des Euro-Landes Zypern zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate gesenkt. Die Bonität sinkt um zwei Noten von „A-“ auf „BBB“, teilte die Agentur gestern mit. Damit liegt das Rating nur noch zwei Noten über dem sogenannten „Ramsch-Bereich“. Der Ausblick für die Bonität Zyperns bleibt „negativ“, was weitere Herabstufungen erwarten lässt. Fitch begründet die abermalige Herabstufung Zyperns vor allem mit fiskalischen Unwägbarkeiten. *dpa*

### Milde Witterung dämpft Gasverbrauch

Berlin. Die milde Witterung hat den Gasverbrauch im ersten Halbjahr 2011 deutlich gedämpft. Die deutschen Versorger verkauften acht Prozent weniger Erdgas als im Vorjahreszeitraum, teilte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) gestern mit. Vor allem die Nachfrage nach Heizgas sei deutlich geringer gewesen, da die Temperaturen von Januar bis Juni 2011 höher waren als im Vorjahreszeitraum. *afp*

### Kartellstrafe für Betonrohr-Hersteller

Bonn. Das Bundeskartellamt hat Bußgelder von knapp zwölf Millionen Euro gegen Hersteller von Betonrohren verhängt. Die Wettbewerbshüter werfen zwei Unternehmen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen unerlaubte Absprachen seit mindestens 2006 vor, hieß es in Bonn. Gegen bundesweit weitere 13 Hersteller werde ermittelt. *dpa*

### Q-Cells verlagert Produktion

Bitterfeld-Wolfen. Das angeschlagene Solarunternehmen Q-Cells steht vor tiefgreifenden Einschnitten. Um die Rückkehr in die Gewinnzone zu schaffen, will das Management einen Großteil der Zellenproduktion am Stammsitz in Bitterfeld-Wolfen schließen. Die Fertigung soll in Malaysia konzentriert werden. Die Produktionskapazitäten in Deutschland sollten um die Hälfte abgebaut werden. *dpa*

### Produktion dieser Seite:

Joachim Wollschläger  
Thomas Sponticcia

### Wirtschaft

Telefon: (06 81) 5 02 22 34  
Fax: (06 81) 5 02 22 39  
E-Mail: wirtschaft@sz-sb.de

### Team Wirtschaft:

Monika Kühborth (ika, Leiterin),  
Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt),  
Thomas Sponticcia (ts),  
Lothar Warscheid (lw),  
Joachim Wollschläger (jwo)